

Abwassergebühren steigen um Hälfte

Engelberg Auf den 1. Januar 2020 erhöht die Gemeinde Engelberg die Abwassergebühren um 50 Prozent. Das teilt der Einwohnergemeinderat im neusten Gemeinde-Info mit. Er reagiert damit auf die schlechte Situation der Spezialfinanzierung Abwasser. Diese Rechnung weise aktuell ein Minus von rund 3,1 Millionen Franken aus. Dieses müsse in den kommenden Jahren abgebaut werden.

Als einen Grund fürs Defizit führt die Gemeinde die Investitionen von rund 9,3 Millionen Franken für vier Sanierungsetappen der Abwasserreinigungsanlage an. Dies habe zu gestiegenen Abschreibungen geführt. Weiter seien die Kanalisationsanschlussgebühren in den vergangenen Jahren stark rückläufig gewesen. Zudem sei auch der intensivierte Unterhalt der mittlerweile über 30 Jahre alten Kanalisation in Engelberg ein Grund für höhere Ausgaben.

Weitere Erhöhung in zwei Jahren geplant

Grundsätzlich schreibe das Gesetz vor, dass die Abwasserreinigung und die Kanalisation über Gebühren und nicht über ordentliche Steuergelder zu finanzieren seien, schreibt der Gemeinderat weiter.

Der Einwohnergemeinderat sieht vor, die Gebühren auf den 1. Januar 2022 um weitere 25 Prozent zu erhöhen. Dieser Entscheid müsse jedoch dann zumal noch gefällt werden. Selbst mit dieser Erhöhung gehöre Engelberg immer noch zu den günstigsten Gemeinden, hält der Gemeinderat fest. (mu)

Steuern steigen für 2020 nicht

Engelberg Die Steuerzahler im Klosterdorf werden die auf kantonaler Ebene vor zwei Wochen beschlossene Steuererhöhung um 0,3 Einheiten nächstes Jahr nicht spüren. Der Gemeinderat hat mit der Verabschiedung des Budgets 2020 einen Steuerrabatt in gleicher Höhe beschlossen. Damit werde wie bereits angekündigt die Steuererhöhung des Kantons kompensiert. Diese Massnahme bedeute voraussichtlich rund 1,2 Millionen Franken Mindereinnahmen, hält die Gemeinde im neusten Info-Bulletin fest. Den Entscheid über den Rabatt fällt die Talgemeinde am 26. November.

In der Erfolgsrechnung geht der Gemeinderat trotz Rabatt von einem Ertragsüberschuss von gut einer Million Franken aus. Die Investitionsrechnung sieht Nettoinvestitionen von knapp 7,2 Millionen vor. Bei den Steuereinnahmen stützt sich die Gemeinde auf die Berechnungen des Kantons. Man könne davon ausgehen, dass sich die Einnahmen leicht positiv entwickelten. Bei den Ausgaben rechnet der Gemeinderat in verschiedenen Bereichen mit einer Steigerung, etwa bei Finanzausgleich, Gesundheit und Sozialem sowie dem Strassenunterhalt. Trotzdem gebe es noch genug Handlungsspielraum für den Steuerrabatt, hält der Rat fest. (mu)

Zivilschutz geht das Personal aus

Wegen Rekrutierungsproblemen sind Ob- und Nidwalden für eine Zusammenlegung von Schutz- und Zivildienst.

Philipp Unterschütz

Die Zivilschutzorganisationen in der Schweiz haben Rekrutierungsprobleme. Auch Ob- und Nidwalden sind damit konfrontiert. Zwar gehören die beiden Kantone bei den Rekrutierungen zu den besten. Obwalden liegt schweizweit gar mit Abstand an der Spitze: 2018 wurden nur gerade 9 Prozent als untauglich eingestuft und 7,3 Prozent als schutzdienst- resp. zivilschutztauglich. Auch Nidwalden liegt mit 17,4 respektive 5,2 Prozent weit vorne in der Rangliste. Doch die Neuzugänge in den Zivilschutzorganisationen sind stark rückläufig. In Nidwalden sind sie zwischen 2010 und 2018 von 43 auf 12 zurückgegangen. In Obwalden konnte man 2010 noch 54 «Neue» begrüßen, 2017 waren es gerade noch 17. «Wenn wir dieses Jahr 10 erreichen, sind wir schon zufrieden», sagt Bruno Odermatt, Leiter des Obwaldner Zivilschutzes. «Damit wir unseren Sollbestand halten können, brauchen wir jährlich aber 40 Neuzugänge.»

Es gehen immer mehr in den Zivildienst

Noch liegt Obwalden mit 473 Zivilschützern nur leicht unter dem Sollbestand von 486. Doch es ist absehbar, dass sich die Situation in den nächsten Jahren verschärfen wird. «Ich rechne, dass wir in fünf Jahren noch 400 Mitglieder haben», sagt Bruno Odermatt. Die Folgen seien, dass man insbesondere für längere Einsätze von mehr als zwei bis drei Wochen zu wenig Leute zur Verfügung hätte oder dass man schon mittlere Ereignisse nicht mehr selber bewältigen könnte, sondern auf Nachbarschaftshilfe aus anderen Kantonen angewiesen wäre. Wären diese aber selber auch vom Ereignis betroffen, könnte es schwierig werden.

Für den Obwaldner Zivilschutzchef ist deshalb klar: «Ir-



Obwaldner Zivilschützer im Einsatz.

Bild: PD

gendwann müssten wir die Sollbestände und unseren Auftrag anpassen.»

Auch in Nidwalden stellt sich die gleiche Problematik. Justiz- und Sicherheitsdirektorin Karin Kayser bestätigt, dass das Kontingent an Zivilschutzangehörigen immer kleiner werde und nennt auch gleich die Gründe. «Weil immer mehr Männer in den Zivildienst wollen, hat die Armee kleinere Bestände. Um dem entgegenzuwirken, werden weniger Leute als zivilschutztauglich erklärt und damit gibt es eben auch weniger Zivilschutzangehörige.» Der Obwaldner Justiz- und Sicherheitsdirektor Christoph Amstad bringt das Problem auf den Punkt: «Es ist zu einfach in den Zivildienst zu kommen.»

Die beiden Kantone haben vom Bund via Regierungskonfe-

renz Militär/Feuerwehr/Zivilschutz deshalb Massnahmen gefordert, wie Christoph Amstad erklärt. «Der Bund will die allgemeine Dienstpflicht für Männer und Frauen prüfen. Die Kantone möchten aber, dass er auch eine Sicherheitsdienstpflicht prüft, also ein Zusammengehen von Zivilschutz und Zivildienst.» Bis Ende 2020 will der Bund dazu einen Bericht vorlegen. Karin Kayser ist der Meinung, dass der Zivildienst grundsätzlich keine staatliche Aufgabe sei. «Ich betone, der Zivildienst ist ein extrem wertvoller Beitrag, er darf aber nicht Ersatz für die Armee oder den Zivilschutz sein. Wer sich aus Gewissensgründen gegen den Militärdienst entscheidet, soll auch Zivilschutz machen können.» Christoph Amstad ist überzeugt, dass es wohl viele Leute gibt, die zwar

nicht ins Militär wollen, die aber lieber beim Zivilschutz helfen würden, als Zivildienst zu leisten, was aber bei der heutigen Gesetzeslage nicht möglich ist.

Zusammenarbeit statt Zusammenschluss

Da der Zivilschutz gegenüber dem Zivildienst attraktiver werden soll, und auch ein gewisses Potenzial an Freiwilligen besteht, sind gute Ausbildung und Führung sowie zeitgemässes Material und Infrastruktur wichtig, wie in Obwalden das neue Logistikzentrum in Kägiswil.

Bereits heute arbeiten Ob- und Nidwalden im Bereich Zivilschutz intensiv zusammen, beispielsweise bei der Ausbildung oder der Logistik. Eine extern geführte Projektgruppe, die 2018 den Bereich prüfte, zeigte auf, dass diese Zusammenarbeit

nötig ist, um den Auftrag künftig erfüllen zu können. Eine Zusammenlegung der beiden Organisationen ist aber vorderhand kein Thema. «Die Zeit ist wegen diverser Unterschiede noch nicht reif. Die intensive Zusammenarbeit, die wir jetzt pflegen, könnte aber den Boden dafür ebnet», erklärt Christoph Amstad.

Ein Zusammenschluss würde laut dem Obwaldner Justiz- und Sicherheitsdirektor auch kaum einen nachhaltigen Effekt bringen, weil er das Grundproblem der zu geringen Bestände nicht lösen würde. «Deshalb braucht es nationale Lösungen über das ganze Dienstpflichtmodell.» Karin Kayser könnte sich diesbezüglich einen Dienst für die Gesellschaft vorstellen, bei dem auch Frauen oder Ausländer einbezogen werden könnten.

Armee, Zivilschutz, Zivildienst

Pflicht Für alle Schweizer Bürger gilt die Dienstpflicht. Diese wird in der Armee oder im Zivilschutz geleistet. Wer aus medizinischen Gründen nicht militärdiensttauglich, wohl aber schutzdiensttauglich ist, wird in den Zivilschutz eingeteilt. Dieser hilft bei Katastrophen und Notlagen, räumt nach Unwettern auf und leistet Einsätze zu Gunsten der Gemeinschaft. Wer keinen Dienst leistet, zahlt eine Abgabe. Volljährige Schweizer Bürgerinnen können freiwillig in der Armee oder im Zivilschutz Dienst leisten. Sie sind den Männern gleichgestellt und können alle Funktionen übernehmen und alle Grade erreichen.

Wenn Männer aus Gewissensgründen keinen Militärdienst leisten wollen und bereit sind, den länger dauernden Zivildienst zu leisten, können sie ein Gesuch um Zulassung zum

Zivildienst stellen. Wer Zivildienst leisten will, muss militärdiensttauglich sein und im Zulassungsgesuch erklären, dass der Militärdienst nicht mit dem Gewissen vereinbar ist. Der Zivildienst dauert anderthalb mal solange wie der noch zu leistende Militärdienst. Militärdienst- oder Stellungspflichtige können ihren Gewissenskonflikt einfach bekräftigen, indem sie ein Formular ausfüllen. Die längere Dienstdauer gilt als Tatbeweis. Problematisch ist, dass viele Absolventen der Rekrutenschule anschliessend in den Zivildienst wechseln. Um den Zivilschutzbestand zu halten, müssten jährlich 6000 Personen rekrutiert werden. 2018 waren es aber lediglich 3700. Die Kantone verlangen deshalb vom Bund eine Zusammenlegung von Zivilschutz und Zivildienst. (unp)

«Ich glaube, man muss hier versuchen, gleich lange Spiesse zu schaffen.»



Erich Ettl
Ständerat Obwalden

Ständerat zeigt sich kritisch

Zusammenlegung Auf Bundesebene werden momentan sowohl das Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz wie auch das Zivildienstgesetz behandelt. Der Nidwaldner Ständerat Hans Wicki, Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerates, bestätigt, dass die Zusammenlegung von Zivilschutz und Zivildienst ausgiebig diskutiert wird. «Die Kommission und der Ständerat sind aber der Meinung, dass aus organisatorischen Gründen keine Zusammenlegung erfolgen kann.» Während der Zivilschutz national organisiert sei und seine Mitglieder aufbiete, müssten Zivildienstler selber eine Organisation finden, wo sie ihren Dienst leisten können.

Das Problem der sinkenden Zahlen beim Zivilschutz sei nicht einfach zu lösen. Auch für Hans Wicki ist der Zivildienst

nach der faktischen Abschaffung der Gewissensprüfung zu attraktiv geworden. «Das müssen wir korrigieren.» Im Ständerat sagte Wicki: «Es ist, wie wenn Sie jetzt jemanden vor die Alternative stellen, alleine im Zimmer auf den Bachelor zu lernen oder mit dem Bachelor in die Badi zu gehen. Es sind selbstverständlich zwei verschiedene Bachelors, aber der eine ist einfach attraktiver als der andere.» Auch der Obwaldner Ständerat Erich Ettl meinte: «Ich glaube, man muss hier versuchen, gleich lange Spiesse zu schaffen.» Um den Zivildienst unattraktiver zu machen, werden deshalb Massnahmen geprüft, unter anderem längere Dienstzeiten.

Hans Wicki ist zudem auch dafür, dass man versuchen solle, für den Zivilschutz vermehrt Frauen zu motivieren. (unp)